

Jenseits von Konsensfiktion und Vereinnahmung

Zur Neubestimmung des Ortes umweltsoziologischer Kritik am Beispiel von „Naturkapital Deutschland – TEEB DE“

Markus Kurth

Beitrag zur Veranstaltung »Falsche Gegensätze?« der Sektion Umweltsoziologie

In der Umweltpolitik – so die Ausgangsthese der Sektionssitzung – ist ein Wechsel des Politikstils zu beobachten. Dies lässt sich an nunmehr globalen Umweltzielen feststellen, die in internationalen Abkommen festgeschrieben und indikatorenbasiert messbar gemacht werden. Dadurch haben sich die Erwartungen an die Umweltforschung und auch an die Sozialwissenschaften verschoben. Einerseits wird es nun auch den Sozialwissenschaften ermöglicht, an der globalen Umweltforschung teilzuhaben, andererseits gilt dies nur, wenn sie lösungsorientiert Wissen für die nötigen Veränderungsprozesse bereitstellen, um ebenjene politischen Umweltziele zu erreichen. Anknüpfend an diese Feststellungen möchte ich der These nachgehen, dass sich bedingt durch die veränderten Erwartungen an die Umweltforschung nicht nur die Ansprüche an die umweltbezogenen Sozialwissenschaften verschieben, sondern auch die Möglichkeiten umweltsoziologischer Kritik. Bedeutende Initiativen – wie IPCC, IPBES, TEEB – mögen mit ihrer Bündelung von Expertise und Einfluss der deutlichste Ausdruck von Entwicklungen sein, in der ein wissenschaftlicher Austausch in spezifischer Weise durch Aushandlungen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik präformiert wird. Dies mag eines der Anzeichen für die im Aufruf der Sektionssitzung konstatierte Reorganisation der Wissenschaftsstrukturen sein. Als einen möglichen Weg Reflexionswissen über diese veränderten Strukturen und ihre Konsequenzen für umweltsoziologische Kritik zu sammeln, verwende ich im Folgenden eine diskursanalytische Perspektive in Form der Postfundamentalistischen Diskursanalyse (PDA) am Beispiel der Betrachtung des Prozesses „Naturkapital Deutschland – TEEB DE“ (TEEB DE).¹ Die angelegte Perspektive soll einen Beitrag dazu leisten, den Ort umweltsoziologischer Kritik unter den möglicherweise konstitutiv veränderten Bedingungen zu reflektieren und den Befunden entsprechend neu zu justieren.

¹ Die vorliegenden Ausführungen entstanden im Rahmen des DFG-geförderten Projektes „Regieren mit ‚Ökosystemleistungen‘: Veränderungen von Problematisierungen und Rationalitäten des Regierens in der deutschen Naturschutz- und Landschaftspflegepolitik“ (DFG-Projektnummer 320283583, GZ LE 2255/4-1) unter Leitung von Priv.-Doz. Dr. Markus Leibenath.

Die Organisation von „Naturkapital Deutschland – TEEB DE“

TEEB wurde als internationale Initiative vom G8+5-Treffen in Potsdam 2007 unter Federführung der Europäischen Kommission angestoßen. Das Akronym TEEB steht für „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“. Wie in TEEB geht es auch in der nationalen Nachfolgestudie in Deutschland, TEEB DE, zum einen mithilfe von ökonomischen Bewertungen die Leistungen der Natur für die Menschen sichtbar zu machen (vgl. Marzelli et al. 2012, S10). Der Anspruch geht aber über das rein wissenschaftlich fundierte Bewerten hinaus, denn: „Zum anderen geht es um die Integration von Naturleistungen in private und öffentliche Entscheidungen – dies bedeutet letztlich eine Inwertsetzung von Ökosystemleistungen durch entsprechende Strategien, Instrumente und Maßnahmen“ (Hansjürgens et al. 2018 S.37). Um diesen Zielen gerecht zu werden, war die von 2012 bis 2018 bestehende Initiative TEEB DE organisatorisch entsprechend anspruchsvoll konzipiert: Im Zentrum stand die Studienleitung aus dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. Diese Studienleitung bildete gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt (zugleich die geldgebende Institution) und dem Bundesamt für Naturschutz die Koordinierungsgruppe des Projekts. Diese koordinierte drei wissenschaftliche Berichte und einen Synthesebericht, für die jeweils eigene Berichtsleiter_innen verantwortlich waren. Der Input kam von einer Vielzahl prominenter Wissenschaftler_innen, die ihre Forschungen für die Initiative aufbereiteten. Zudem sei auch die projektbezogene Arbeitsgruppe erwähnt, der vom Bundesverband der Deutschen Industrie und dem Deutschen Bauernverband über Umweltverbände wie NABU und BUND bis hin zu weiteren Bundesministerien sehr verschiedene Vertreter_innen angehörten. Der Prozess blieb in seiner Struktur also nicht auf die Wissenschaft begrenzt, sondern besaß verschiedene Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Verbänden und Politik. Die in den Berichten versammelten Themen und Zugänge beruhen in ihrer endgültigen Formulierung und Auswahl also bereits auf Aushandlungen mit gesellschaftlichen Interessengruppen und repräsentieren nicht allein (wenn auch immer noch vorwiegend) eine wissenschaftliche Debatte. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern sich im Zuge derartiger Initiativen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik die Möglichkeiten verändern, von einer externen Position aus kritisch-reflektierend Einfluss auf den Prozess der wissenschaftlichen Diskussion und politischen Meinungsbildung zu nehmen.

Der „Mittelweg“ und die Kritik

Meine diskursanalytische Forschung basiert aktuell auf einem Datenkorpus von circa 250 Dokumenten im Umfeld der TEEB DE-Initiative sowie sechs Expert_innen-Interviews mit zentralen Akteur_innen der Initiative. Aus diskursanalytischer Perspektive artikuliert sich der in TEEB DE zentrale Diskurs als eine Position, für welche mir das Diskurselement „Mittelweg“² als treffendste Bezeichnung erscheint. Zentrale Elemente dieses Diskurses werden in ihrer positiven Relation zueinander als Äquivalenzkette artikuliert: Mithilfe verschiedener „ökonomischer Methoden“ im Rahmen einer „breiten“, das heißt volkswirtschaftlichen „ökonomischen Perspektive“ sollen die „Werte“ des „Naturkapitals“ und „multi-funktionaler“ „Ökosystemleistungen“ „sichtbar“ gemacht werden. Ziel ist die „Inwertsetzung“, also ein

² Die folgenden Zitate stammen allesamt aus TEEB DE-nahen Publikationen oder Interviews mit zentralen Akteur_innen von TEEB DE. Als mehr oder minder zentrale Elemente des Diskurses sind sie jedoch nicht an bestimmte Materialstücke gebunden und werden deshalb nur mit Quelle zitiert, wenn es sich um längere Passagen handelt und ansonsten nur mit Anführungszeichen als Diskurselemente markiert.

„Bündel von Maßnahmen, um den Nutzen der Erhaltung von biologischer Vielfalt und der Bereitstellung gesellschaftlich ausgewogener Ökosystemleistungsbündel in Entscheidungen über Art, Umfang und Intensität der Nutzung der natürlichen Ressourcen zu integrieren“ (Von Haaren und Albert 2016, S.360). Die Identität des TEEB DE-Diskurses wird auch über Relationen der Kontrarität konstituiert. Aus dem Blickwinkel dieses „Mittelweges“ heraus werden zwei Extrempositionen als konstitutives Außen des Diskurses artikuliert: Auf der einen Seite wird eine Position abgelehnt, welche als eine „verengte“ ökonomische Perspektive auf die Natur bezeichnet wird. Verbunden wird diese Perspektive mit Elementen wie „Monetarisierung“, „Marktgläubigkeit“ und einer Kommodifizierung im Sinne eines „Preisschildes für die Natur“, also dass auch bisher unentlohnte Leistungen der Natur einem Markt zugeführt und finanziell vergütbar werden sollen. Auf der anderen Seite wird Kontrarität zu einer Position artikuliert, welche das Element „ökonomische Perspektive“ grundsätzlich zurückweist. Diese Position assoziiert ebenfalls die „ökonomische Perspektive“ mit „Monetarisierung“ und einem „Preisschild für die Natur“, was unter anderem auf „Missverständnisse und Fehlinterpretationen“ bezüglich des zugrundeliegenden ökonomischen Ansatzes von TEEB DE zurückgeführt wird.

Zumindest die Artikulation letzterer Position findet auch im Diskursumfeld ihre ungefähre Entsprechung in einem Gegendiskurs, der TEEB DE mit ökonomisierungskritischen Positionen konfrontiert. Vorgetragen wurde diese sozialwissenschaftliche Kritik etwa von Vertreter_innen der Heinrich-Böll-Stiftung (vgl. Fatheuer 2013; Unmüßig et al. 2012). Ein Teil dieser Kritik an den Folgen unüberlegter Monetarisierung zum Zwecke der Kommodifizierung wird im TEEB DE-Diskurs wie im Gegendiskurs als konstitutives Außen formuliert. Entsprechend unkompliziert kann diese Kritik auch im Rahmen eines TEEB DE-Diskurses übernommen werden. Dieser Vereinnahmung zum Trotz werden die grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber einer ökonomischen Perspektive auf die Natur im zentralen TEEB DE-Diskurs als konträr zur eigenen Perspektive artikuliert. Aus der Perspektive des Mittelwegs-Diskurses ist diese zweigeteilte Reaktion auf Kritik schlüssig. Einerseits kann der eigene Diskurs vom „systemimmanenten“, wissenschaftlich fundierten Mittelweg gestärkt werden, der „praktische Beispiele“ höher bewertet als „weltanschaulich aufgeladene Diskussion“, wenn auf formulierte Kritik sachlich-wissenschaftlich reagiert und diese diskutiert wird. Andererseits wird der Diskurs durch die anschließend hergestellte Differenz zu dieser ökonomisierungskritischen „Grundsatzkritik“ stabilisiert, die als „weltanschaulich“ im Gegensatz zu einem wissenschaftlich-sachbezogenen Vorgehen artikuliert wird. Anschaulich wird diese Zweigeteiltheit, wenn die Rolle der Kritik auf die Ebene der konkreten Kontexte verwiesen wird:

„Daher wurde der Frage, ob eine ökonomische Betrachtung der Natur grundsätzlich angemessen ist oder nicht, in den Diskussionen der vergangenen Jahre aus unserer Sicht eine zu große Bedeutung beigemessen. Die entscheidende Frage ist doch vielmehr, in welchen Kontexten und Entscheidungssituationen eine ökonomische Perspektive angemessen und hilfreich sein kann, um einen besseren Schutz und die nachhaltige Nutzung der Natur und ihrer Leistungen zu ermöglichen“ (Hansjürgens et al. 2018, S.14).

In der Logik einer solchen Argumentation bliebe die ökonomische Perspektive praktisch von grundsätzlicher Kritik und konzeptuellen Debatten ausgenommen. Eine möglicherweise problematische Konstruktion, wenn grundsätzliche, (sozial-)wissenschaftliche Vorbehalte auf ihre – zweifelsfrei vorhandenen – normativen Elemente reduziert würden, zugleich aber Anspruch und Umfang der Initiative derart umfassend ist. Strukturelle (umwelt-)soziologische Kritik hat sicherlich nicht die besten Voraussetzungen, um in die Breite der Wissenschaften und in die Politik zu wirken. Im Sinne der Ausgangsthese ist allerdings zu vermuten, dass die Kritik durch die neuerliche Bündelung von wissenschaftlich

und politisch einflussreichen Akteur_innen in der Organisation der Umweltforschung vor neue Herausforderungen gestellt wird. Im vorliegenden Material lassen sich Indizien für eine Dichotomisierung von lösungsorientierter Teilnahme an Großprojekten und einer marginalisierten grundsätzlichen Kritik ausmachen. Kritik wird auf lösungsorientierte Vorschläge innerhalb des vorgegebenen Rahmens der Systemimmanenz reduziert. Es ist natürlich nicht weiter verwunderlich, dass eine sorgsam geplante Initiative nicht plötzlich ihre Grundannahmen im Angesicht von fundamental entgegengesetzter Kritik revidieren wird. Entscheidend ist nun aber die Frage, ob sich die Möglichkeit Kritik hörbar zu artikulieren auch im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Raum durch derartige Initiativen verändert.

Daran anknüpfend können die in der Ankündigung der Sektionssitzung ebenfalls als Gegensatzpaar zugespitzten Positionierungen der Umweltsoziologie als Teil transformativer Wissenschaft oder (kritischer) Beobachterin konkretisiert werden. Nach meinem Dafürhalten bedarf es für die letztere Position der Beobachterin einer methodologischen Aktualisierung, die über eine wissenschaftliche Diskursteilnahme hinausgeht und stattdessen die Bedingungen von Kritik in Form einer diskursanalytischen Beobachtung rekonstruiert.

Eine postfundamentalistische Perspektive auf Wissenschaftsprozesse

Gegenstand dieser Analyse ist hier die gesamte Struktur des TEEB DE-Prozesses. Entsprechend werden nicht nur die Artikulationen der Beteiligten des Prozesses, sondern auch die kritischen externen Stimmen mit in den Blick genommen. Konzeptuell kann sich ein solches Vorhaben unter anderem auf Theorie und Methodik der postfundamentalistischen Diskursanalyse stützen (vgl. Marchart 2013; Marttila 2016). Diese ist im Umfeld der „Essex School of Discourse Analysis“ anzusiedeln, bezieht sich also stark auf die hegemonietheoretischen Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Laclau 2002; Laclau, Mouffe 1991; Mouffe 2014). Eine für die Fragestellung hilfreiche theoretische Grundannahme dieses Ansatzes lautet, dass Gesellschaft konstitutiv konflikthaft und damit jede hegemoniale Ordnung und Institutionenbildung nur das vorläufige Ergebnis im Widerstreit gesellschaftlicher Antagonismen sei. Entsprechend ist Konsensualität in gesellschaftlichen Fragen nie letztgültig, sondern stets Ausdruck der gegenwärtigen Machtkonstellation: „Für den Bereich der Politik bedeutet das, dass wir die Suche nach einem Konsens ohne jede Exklusion einstellen und die Hoffnung auf eine ganz mit sich versöhnte und harmonische Gesellschaft fahrenlassen müssen“ (Mouffe 2014, S.11).

Mithilfe dieser Perspektive können die Macht- und Diskursstrukturen offengelegt werden, denen zum Beispiel ein scheinbarer Konsens wissenschaftlicher Expertise unterliegt. Die TEEB DE-Initiative bemüht sich zwar im Rahmen einer „offenen Architektur“ stark um eine möglichst umfassende Einbindung von Wissenschaftler_innen in einer Vielzahl von Feldern. Dennoch muss auch TEEB DE gezwungenermaßen in seiner Epistemologie und in der Auswahl der Beteiligten selektiv bleiben und kann weder alle Fachdiskussionen noch alle Wissenschaftler_innen umwelt-, natur- und nachhaltigkeitsbezogener Wissenschaften einbeziehen (vgl. Strohschneider 2014, S.189). So repräsentieren die entstandenen Kompromiss- und Konsenspapiere zwar sicherlich einen großen Ausschnitt der wissenschaftlichen und institutionellen Positionen im Spannungsfeld von Ökonomie und Naturschutz. Da allerdings keine rein wissenschaftsinterne Zielsetzung mit der Formulierung eines solchen Konsenses unter Expert_innen besteht, ist zu fragen, ob hier nicht bereits ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess durch die Verbindung von ausgewählten wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kräften vordefiniert wird, der in einem anders strukturierten Beteiligungsrahmen hätte erfolgen müssen. Ablesbar wird dies etwa am Anspruch der Initiative, eine breite gesellschaftliche Debatte an-

zuregen und argumentativ in bisher wenig naturschutzaffine Politikfelder vorzudringen. In mehreren Diskursfragmenten wird bezüglich dieser Ziele eine „Ernüchterung“ artikuliert. Dies ist allerdings nicht gleichbedeutend damit, dass allein eine noch breitere Beteiligung oder andere Auswahlkriterien für die Wissenschaftler_innen erfolversprechender gewesen wären. In keinem Fall kann die Wissenschaftslandschaft komplett abgebildet werden. Erinnerung sei an die vergebliche „Suche nach einem Konsens ohne jede Exklusion“ (Mouffe 2014, S.11). Da es für eine Diskursteilnahme einem gewissen Grad an Expertise und Position in Wissenschaft oder Politik bedarf, eine Vielzahl ausgewählter Vertreter_innen von Wissenschaft, staatlichen Institutionen und Verbänden aber bereits in den Prozess involviert war, gibt es entsprechend wenige gesellschaftliche Stimmen, die potenziell Einspruch erheben könnten. Die Beteiligten selbst werden den Berichtstexten im Nachgang wohl kaum allzu deutlich widersprechen. Es spricht in der Summe vieles dafür, dass durch die komplexe Struktur an den Schnittstellen von Wissenschaft, Politik und Interessenverbänden der öffentlich-gesellschaftliche Aushandlungsprozess bereits eine deutliche Prägung erhält. Diese äußert sich jedoch weniger in Form von Ausschlüssen als durch die Unbestimmtheit und Vielstimmigkeit von Positionen und Vorschlägen. Letztendlich lässt sich auch im Nachhinein nur ansatzweise bestimmen, ob die Berichte von TEEB DE keine breite gesellschaftliche Debatte auslösten, weil der Naturschutz weiterhin durch gegensätzliche Interessen von einflussreicheren Politiksektoren marginalisiert wird oder weil die Berichte eben bereits Ergebnisse von Aushandlungen sind und in ihrer Vielstimmigkeit zu wenig greifbar für eine kritische Diskussion blieben.

Gewarnt wird aus einer hegemoniethoretisch-postfundamentalistischen Perspektive in Bezug auf demokratietheoretische Erwägungen, dass eine „zu große Konsensorientierung“, zu „Apathie und Entfremdung von politischer Partizipation“ (Mouffe 2014, S.29) führe. Auch wäre ein solcher umfassender Konsens zu jedem Zeitpunkt fiktiv und würde (etwa durch eine Vorfestlegung auf Inhalte und Konzepte) dem konstitutiven Dissens gesellschaftlicher Auseinandersetzung nicht gerecht. Denn in dieser Theorie stellt die politische (und auch die wissenschaftliche) „agonistische Auseinandersetzung“ „die Grundbedingung einer lebendigen Demokratie“ (ebd.) dar. Diese agonistische Auseinandersetzung lebt von klar benennbaren Alternativen, die im Verständnis formuliert werden, dass auch ihre Kontrahent_innen das legitime Recht besitzen für ihre Positionen einzutreten. Doch wann ist eine Konsensorientierung zu stark? Sicherlich dann, wenn die für eine demokratische Ordnung notwendige Zukunftsoffenheit eingeschränkt wird, wenn die Alternativen zu diesem Lösungsvorschlag im politischen Streit nicht mehr sichtbar werden (vgl. Bühler 2018, S.200f.). Das ist natürlich nicht der Fall bei TEEB DE, aber auch hier lässt sich fragen, ob eine vielstimmige Konsensorientierung auf eine ökonomisch begründete, praktische und systemimmanente Perspektive dem Anliegen stärker Vorschub leistet als ein polarisiertes, aber agonistisches, gesellschaftliches Streiten um naturschutzpolitische Konzepte und erstrebenswerte Mensch-Natur-Verhältnisse. Die Aufgabe der PDA besteht darin, derartige Problematiken aufzuzeigen und der politischen Debatte zugänglich zu machen.

Umweltsoziologische Produktion von Reflexionswissen

Im Aufruf der Sektionssitzung werden die Pole einer unter den Erwartungen der internationalen Umweltpolitik reorganisierten umweltsoziologischen Wissensproduktion als lösungsorientierte transformative Wissenschaft versus (kritische) Gesellschaftsbeobachtung markiert. Im größeren Feld der Umweltforschung ist letztere Position kaum vertreten. Christoph Görg spricht etwa in Bezug auf die Nachhaltigkeitsforschung von einem „Problemlösungsbias“ unter Ausklammerung strukturell verfes-

tiger Interessenkonflikte und Machtverhältnisse“ (Görg 2017, S.135). Hier kann eine diskursanalytisch informierte umweltsoziologische Gesellschaftsbeobachtung ansetzen und Reflexionswissen über die ausgeklammerten Konflikte produzieren. Dies wird allerdings weiterhin nur begrenzt im Rahmen von umwelt- und naturschutzbezogenen Prozessen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik möglich sein, da bereits deren Vorannahmen für ein umweltsoziologisches Verständnis strittig sein mögen. Eher gelingt die Produktion von Reflexionswissen mit dem Schaffen von Nischen und randständigen Orten, die dem Problemlösungsbias von Forschungsprojekten in schwächerem Maße unterliegen. Gerade wenn sich Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik institutionalisieren und ein gemeinsamer Wissenschaft-Politik-Modus stärker wird, dann sind solche Orte innerwissenschaftlicher Reflexion hilfreich, die eine reflexive Distanz zu Großprojekten und populären Narrativen aufbauen und derartige Prozesse kritisch begleiten können.

Wenn Wissenschaft und institutionelle Politik zugunsten einer politischen Legitimation durch Wissen gemeinsame Berichte aushandeln, kann hier die Methodologie der PDA ansetzen und den diesen Projekten zugrundeliegenden (wissenschafts-)politischen Aushandlungsprozess dekonstruieren. Mit dem Herausarbeiten der diskursiven Strukturen des Prozesses soll allerdings kein hegemoniales Projekt enttarnt und eine Bündelung von Macht in einer bestimmten Diskurskoalition diskreditiert werden. Stattdessen kann diese macht- und kontingenzsensible Reflexion zum Beispiel dazu beitragen, Erfolgsfaktoren und Hindernisse auf dem Weg zu einem durchsetzungsstärkeren Naturschutz an der Grenze von Wissenschaft und Politik zu identifizieren. Was nicht gleichbedeutend damit ist, sich selbst von dem jeweiligen Diskurs oder der inhaltlichen Kritik an ihm vereinnahmen zu lassen. Stattdessen geht es darum, gesellschaftstheoretisch angemessen die Bedingungen der Diskurse und ihrer Kritik zu analysieren und darüber ein vertieftes Verständnis der Grenzen von Ansätzen wie einer ökonomischen Perspektive auf die Natur zu erhalten. Das schließt an bestehende Kritik an technisch-verwalterischen Lösungen von Nachhaltigkeitsproblemen an, die bei Blühdorn et al. etwa als „Transformationsnarrative, denen eine angemessene gesellschaftstheoretische Grundlage fehlt“ (2018, S.12) bezeichnet werden. Indem sie „einen für die etablierte Politik der Nicht-Nachhaltigkeit sehr bedeutenden stabilisierenden Effekt (...) entfalten“ (ebd.), laufen sie Gefahr, einen notwendigen grundlegenden Wandel zu blockieren. Damit sind jedoch nicht nur optimistische Narrative, wie sie etwa vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen gezeichnet werden gemeint, auch die skeptischen Narrative der postmarxistisch-herrschaftskritischen Tradition seien zu stark dem Glauben an die Steuerbarkeit von Transformation verhaftet. Zugleich bezweifeln Blühdorn et al. zu recht, ob metakritische Ansätze wie ihre eigenen gesellschaftstheoretischen Interventionen oder auch eine Diskursanalyse ihrerseits genügend politische Energie für Umwelttransformationen im Rahmen des „europäischen Vernunfts- und Demokratisierungsprojektes kanalisieren und kontrollieren (...) können“ (vgl. ebd., S.13). Denn natürlich geht es auch hier um Reichweite und Strahlkraft von Wissen. Wie kann mit dem erzielten Reflexionswissen nach außen getreten werden? Wie kann einerseits in innerwissenschaftliche Transformationsnarrative interveniert werden? Wie können andererseits aber auch auf gesellschaftlicher Ebene demokratische Resonanzräume für Dissens und Alternativen geschaffen werden? Eine vorrangig reflektierende Position einzunehmen und zur Beantwortung dieser Fragen kurzfristige Handlungsempfehlungen zu verweigern, ist letztendlich ein geringer Preis für ein komplexeres Verständnis der politisch-wissenschaftlichen Versuche der Transformationssteuerung – und kann damit zugleich eine Perspektive aufzeigen für einen möglichen Ort umweltsoziologischer Kritik.

Literatur

- Blühdorn, Ingolfur, Felix Butzlaff, Michael Deflorian und Daniel Hausknost. 2018. *Transformationsnarrativ und Verantwortlichkeit: Die gesellschaftstheoretische Lücke der Transformationsforschung*. IGN-Position Paper Jan/2018, Wien: Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit, WU Wien.
- Bühler, Benjamin. 2018. *Ökologische Gouvernementalität: zur Geschichte einer Regierungsform*. Bielefeld: transcript.
- Fatheuer, Thomas. 2013. *Neue Ökonomie Der Natur: Eine Kritische Einführung*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Görg, Christoph. 2017. Boundary Negotiations: Grenzverschiebungen in den Nachhaltigkeitswissenschaften. In *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft*, Hrsg. Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel, 133–145, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Hansjürgens, Bernd, Christoph Schröter-Schlaack, Augustin Berghöfer und Heidi Wittmer. 2018. *Werte der Natur aufzeigen und in Entscheidungen integrieren – eine Synthese*. Leipzig. Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung.
- Laclau, Ernesto. 2002. *Emanzipation und Differenz*. Wien: Turia und Kant.
- Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe, 1991: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Marchart, Oliver. 2013. *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Marttila, Tomas. 2016. *Post-foundational discourse analysis. From political difference to empirical research*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Marzelli, Stefan, Christoph Moning, Sabrina Daube, Monika Offenberger, Adrienne Grêt-Regamey, Sven-Erik Rabe, Thomas Köllner, Patrick Poppenborg, Bernd Hansjürgens, Irene Ring, Christoph Schröter-Schlaack, Burkhard Schweppe-Kraft und Sonja Macke. 2012. *Der Wert der Natur für Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Einführung. Ein Beitrag Deutschlands zum internationalen TEEB-Prozess*. München: Ifuplan – Institut für Umweltplanung und Raumentwicklung.
- Mouffe, Chantal. 2014. *Agonistik: die Welt politisch denken*. Berlin: Suhrkamp.
- Unmüßig, Barbara, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer. 2012. *Kritik der grünen Ökonomie: Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Strohschneider, Peter. 2014. Zur Politik der Transformativen Wissenschaft. In *Die Verfassung des Politischen*, Hrsg. André Brodocz, Dietrich Herrmann, Rainer Schmidt, Daniel Schulz, Julia Schulze Wessel, 175–192, Wiesbaden: Springer VS.
- Von Haaren, Christina, und Christian Albert. 2016. *Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen. Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung*. Hannover, Leipzig: Universität Hannover, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung.